

## Resolutionsantrag

der Abgeordneten Mag. Fasan und Mag. Riedl  
zum Verhandlungsgegenstand Ltg.- 112/B-15-2003 NÖ Umweltbericht 2002

betreffend **Budgetkürzungen im ÖPNV**

### Begründung:

Dem öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV) kommt in ganz Niederösterreich, sowohl in den ländlichen Regionen, als auch in den Ballungsräumen eine besondere Bedeutung zu. Der NÖ – Umweltbericht des Jahres 2002 vermerkt eine Anbindung von zusätzlich 55 Ortschaften an das öffentliche Kraftfahrliennetz in Niederösterreich. Sowohl im Sinne der Glaubwürdigkeit der Verkehrspolitik gegenüber der Europäischen Union, als auch im Sinne der dringend nötigen CO<sub>2</sub> – Reduktion, ist der Ausbau des ÖPNV in Niederösterreich eine zentrale verkehrspolitische Herausforderung der kommenden Jahre.

Kurz vor Weihnachten wurde vom Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie angekündigt, die so genannte „Bundesnahverkehrsförderung“ ab 2004 deutlich zu kürzen. Dabei soll es sich um eine Kürzung jener in den §§ 24 und 26 ÖPNRV - Gesetz vorgesehenen Mittel handeln, die nicht gesetzlich verpflichtend sind, sondern nach Maßgabe der budgetären Möglichkeiten eingesetzt werden. Der Anteil dieser „freiwilligen“ Mittel lt. ÖPNRV-G beträgt mindestens 7 Mio. €.

Eine Kürzung in diesem Bereich im offenbar geplanten Ausmaß würde für alle Länder und Städte eine Reduzierung dieser Mittel aus §§ 24 und 26 ÖPNRV-G um mehr als die Hälfte bedeuten. Derartige Kürzungen im ÖPNV wären nicht nur verkehrspolitisch desaströs. Sie würden auch die notwendige Stärkung der Glaubwürdigkeit Österreichs in Fragen einer umweltgerechten Verkehrspolitik gegenüber der Europäischen Union untergraben. Den Finanzierungserfordernissen im Öffentlichen Verkehr ist auch deshalb besonderes Augenmerk zu schenken. In diesem Sinne hat Landeshauptmann Dr. Pröll mit Schreiben vom 27.1.2004 Vizekanzler Gorbach aufgefordert, seine Ankündigung zurück zu nehmen und die Kürzung der Nahverkehrsförderung rückgängig zu machen.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

### **Antrag**

Der Hohe Landtag möge beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert – im Sinne des Schreibens des Herrn Landeshauptmannes Dr. Pröll vom 27.1.2004 – zusätzlich auf die Bundesregierung, insbesondere auf den Herrn Vizekanzler einzuwirken, damit der Mitfinanzierungsverantwortung des Bundes für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) mindestens im bisherigen Ausmaß weiterhin nachgekommen und auf jegliche weitere Kürzungen in der Finanzierung verzichtet wird. Insbesondere wird die Bundesregierung aufgefordert, die Mittel nach den §§ 24 und 26 des ÖPNRV - Gesetzes zumindest in unveränderter Höhe bereitzustellen“.